

## ORDNUNGSPOLITIK

### Wachstum als Schlüssel für Nachhaltigkeit begreifen

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Wachstum ist der Schlüssel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – auch im Hinblick auf Umwelt und Ressourcen. Denn durch technischen Fortschritt steigt die Produktivität, so dass mit weniger knappen Ressourcen und auf umweltschonendere Art produziert werden kann. Statt Wachstum in Frage zu stellen, sollte der Staat klare Vorgaben zum Umweltschutz machen und die rechtlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass sich technischer Fortschritt nützlich entfalten kann: Hierzu gehören gute Bildungspolitik, Technologieoffenheit bei der Suche nach besten Lösungen und eine Steuerpolitik, die nicht bestimmte Branchen und Technologien bevorzugt. So kann Nachhaltigkeit auf möglichst effiziente Weise erreicht werden.

1972 erschien die Studie „Die Grenzen des Wachstums“ im Auftrag des Club of Rome. Sie wurde über 30 Millionen Mal verkauft und hat weltweit die Möglichkeit dauerhaften Wachstums in Frage gestellt. Seit einiger Zeit erlebt genau diese Debatte um die Grenzen des Wachstums eine Renaissance: Dauerhaftes Wachstum sei aufgrund der begrenzten Ressourcenausstattung nicht erreichbar und auch gar nicht wünschenswert. Dem gegenüber steht „nachhaltiges Wachstum“, das die Möglichkeit eines Ressourcen schonenden Wachstums beschreibt. Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft. Dort ist eine nachhaltige Entwicklung der Wälder dann gegeben, wenn nur so viel Holz geschlagen wird, wie wieder nachwächst. Diese Idee eines „konstanten Kapitalstocks“ kann für nachwachsende Ressourcen Sinn machen. Für nicht-erneuerbare Ressourcen, wie z. B. Öl- und Kohlevorräte, macht sie hingegen keinen Sinn. Eine nachhaltige Nutzung kann hier erreicht werden, indem durch technischen Fortschritt Ressourcen immer effizienter eingesetzt oder durch bessere Recyclingmethoden Rohstoffe wieder verwertet werden können. So ist es z. B. in Deutschland gelungen, den Energieverbrauch vom

Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Im vergangenen Jahr wurden je Euro Wirtschaftsleistung rund drei Prozent weniger Energie verbraucht als im Jahr zuvor. Und im Vergleich zum Jahr 1980 konnte der Energieverbrauch je Einheit des Bruttoinlandsproduktes fast halbiert werden.

Während im Wachstumsprozess nicht-erneuerbare Ressourcen verbraucht werden und damit nachfolgenden Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen, nehmen durch Innovationen und neues Wissen gleichzeitig die menschlich geschaffenen Ressourcen zu. Nachfolgende Generationen profitieren von mehr Wissen, Qualitätsverbesserungen und einer immer größeren Auswahl an Produkten. Wachstum wirkt sich dabei für alle gesellschaftlichen Bereiche positiv aus.

Betrachtet man Wachstum vor allem als qualitative Veränderung, die zu neuen Produkten und Prozessen, zu effizienteren Verfahrensweisen und höherer Produktivität führt, löst sich der vermeintliche Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit auf. Im Gegenteil wird deutlich, dass nachhaltiges Wirtschaften gerade erst

2010 wurde die **Bundestags-Enquête-Kommission** „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ berufen. 2013 will sie Ergebnisse vorlegen.

durch mehr Wachstum möglich wird. In einer wachsenden Wirtschaft werden die finanziellen Mittel erwirtschaftet, mit denen Umweltschutzmaßnahmen finanziert werden können. So wird in reichen Ländern deutlich mehr Umweltschutz betrieben als in ärmeren Ländern.

Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört auch, dass Ressourcen nicht verschwendet werden. Ziel muss es daher sein, einen möglichst effizienten Umgang mit Ressourcen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ist das Erneuerbare Energien-Gesetz, mit dem der Umbau der Energieversorgung in Deutschland von fossilen Energieträgern zu erneuerbaren Energien vorangetrieben werden soll, nicht nachhaltig. Denn es verteuert durch hohe Subventionen die Energie für Stromkunden, ohne eine zusätzliche Wirkung auf den Klimaschutz zu haben – die Obergrenze für den Kohlendioxidaustritt ist durch die Menge an Emissionszertifikaten im europäischen Emissionshandelssystem festgelegt. Für nachhaltiges Wachstum muss der Staat geeignete Rahmen-

## KERNAUSSAGEN

### Politikanalyse:

- Wachstum ist der Schlüssel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – auch im Hinblick auf Umwelt und Ressourcen.
- Technischer Fortschritt und Produktivitätssteigerungen sind notwendig, damit eine wachsende Weltbevölkerung versorgt werden kann.
- Menschen profitieren von der Zunahme an Wissen, Qualitätsverbesserungen und einer größeren Auswahl an Produkten.

### Politikempfehlung:

- Rahmenbedingungen für technischen Fortschritt setzen: gute Bildungspolitik, wettbewerbliche Prozesse und eine Steuerpolitik, die keine bestimmten Branchen und Technologien bevorzugt.
- Vorgaben zum Umweltschutz technologieoffen setzen, um beste Lösungen zu ermöglichen.
- Eigentumsrechte, wo möglich, definieren und durchsetzen – und so eine Übernutzung von Ressourcen verhindern.

bedingungen für technischen Fortschritt schaffen: gute Bildungspolitik, wettbewerbliche Prozesse und eine Steuerpolitik, die keine bestimmten Branchen und Technologien bevorzugt. Im Wettbewerb haben Unternehmen den Anreiz, immer neue und effizientere Lösungen zu entwickeln.

Um die knappen Ressourcen zu schonen, sollten zudem wo möglich Eigentumsrechte definiert und durchgesetzt werden. Denn privates Eigentum ist der beste Garant dafür, dass Individuen sorgsam mit ihren Ressourcen umgehen. Zudem sollten Umweltschutzvorgaben so ausgestaltet sein, dass sie kreative Lösungen der Wirtschaftsakteure befördern und nicht vorab vermeintlich zukunftssträchtige Technologien festlegen. Effizienter Klimaschutz kann am besten durch einen globalen Emissionshandel erreicht werden, denn dieser setzt Anreize, Emissionen dort zu unterlassen, wo dies am kostengünstigsten möglich ist.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Grenzen des Wachstums – Ist ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit möglich?“ mit Prof. Dr. Joachim Weimann (Universität Magdeburg) und Prof. Dr. Berthold U. Wigger (Karlsruher Institut für Technologie) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

### Impressum

ECONWATCH

Gesellschaft für Politikanalyse e.V.

Poststraße 12, 10178 Berlin

### Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: [www.econwatch.org](http://www.econwatch.org)